

Für ein starkes und freiheitliches Sachsen

**Landtagswahlprogramm
der FDP Sachsen 2009**

Beschlossen am 1.11.2008 in Dresden



Für ein starkes und freiheitliches Sachsen

Landtagswahlprogramm der FDP Sachsen 2009

Inhaltsverzeichnis:

Wirtschaftspolitik: Auf eigene Wachstumskräfte setzen.....	9
Bessere Rahmenbedingungen für Wachstum und Arbeit.....	9
Unternehmen auf Wachstumskurs bringen	10
Innovationen für sächsische Unternehmen	10
Förderprogramme konzentrieren	10
Fachkräftenachwuchs sichern.....	11
Unternehmensnachfolge sichern	11
Arbeitsmarktpolitik für Sachsens Zukunft	12
Arbeitsmarkt deregulieren	12
Verantwortung für Betriebe in den Betrieben stärken.....	12
Arbeitsförderung kommunalisieren.....	12
Der erste Arbeitsmarkt zählt doppelt	13
Mehr Freiheit für Sachsens Wirtschaft	13
Bürokratie konsequent abbauen und Aufwand erstatten	13
Bedarfsgerechte Ladenöffnung	14
Kammerstrukturen straffen.....	14
Wettbewerb in der gesetzlichen Unfallversicherung	14
Sportwettenmonopol abschaffen.....	15
Für ein zeitgemäßes Unternehmerbild	15
Der Staat im Wettbewerb.....	16
Nachhaltige Energiepolitik für Sachsen.....	16
Möglichkeiten zur Energieeinsparung verbessern.....	17
Tourismus in Sachsen.....	18
Tourismus besser für Sachsen nutzen.....	18
Sachsens Tourismusangebot effektiv vermarkten	18
Tourismusbetriebe entlasten – Kein generelles Rauchverbot in Gaststätten	19
Tourismus in ländlichen Regionen fördern	19
Sehenswürdigkeiten ohne Barrieren	19

Wirtschaftspolitik: Auf eigene Wachstumskräfte setzen

Sachsen war in seiner langen Geschichte eines der reichsten Länder in Deutschland und Europa. Grundlagen dafür waren eine starke und moderne Wirtschaft, Bildung, Ideenreichtum, Erfindergeist und der Fleiß seiner Bürger. Auch heute hat Sachsen alle Chancen, wieder einen Spitzenplatz einzunehmen. Dafür wollen wir die Weichen richtig stellen.

Die Ansiedlung großer Industriebetriebe in Sachsen, die Umstrukturierung ganzer Branchen, die Schaffung erfolgreicher Cluster und die Entwicklung des Mittelstandes sind eine Erfolgsgeschichte. Allerdings erreichte Sachsen in den vergangenen Jahren nicht mehr die Dynamik der Ära Biederkopf. Aber genau an die Dynamik, die Kreativität und die Kraft der ersten Aufbaujahre wollen wir wieder anknüpfen. Denn Sachsens Wirtschaft kann noch viel mehr leisten als bisher – zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger. Dazu muss Sachsen besser regiert werden, als in den letzten fünf Jahren durch die CDU/SPD-Koalition. Mit Ängstlichkeit und Kleinmut wird Sachsen vielen Entwicklungen hinterher laufen und wirtschaftlich unter seinen Möglichkeiten bleiben.

Vom allgemeinen Aufschwung in den letzten Jahren profitierten auch die sächsischen Unternehmen. Bei vielen Bürgern ist dieser Aufschwung aber bisher nicht angekommen. Besonders die aufgrund der Politik von CDU und SPD gestiegenen Steuern und Abgaben verringerten das verfügbare Einkommen. Die fehlende Entlastung in wirtschaftlich erfolgreichen Zeiten rächt sich jetzt. Denn der Staat führt die Wirtschaft nicht aus der Krise. Dies gelingt nur leistungsfähigen Unternehmen und motivierten Arbeitnehmern, die zuversichtlich in ihre eigene Zukunft blicken können. Statt immer neuer staatlicher Ausgabenprogramme müssen endlich Steuern und Abgaben konsequent gesenkt werden – dies wäre das beste Konjunkturprogramm.

Sachsen hat einen großen und interessanten Unternehmensbestand und hat im Verhältnis zur Bevölkerung mehr Unternehmen als manche Wirtschaftsregion in den alten Bundesländern. Die Zahl der wissensbasierten Arbeitsplätze ist stetig gestiegen. Sächsische Unternehmer zeigen täglich, dass Erfindungsreichtum und Unternehmergeist in Sachsen nicht verloren gegangen sind.

Sächsische Unternehmen sind jedoch oft noch zu klein und damit anfällig in Krisenzeiten, für den internationalen Wettbewerb sind sie häufig zu schwach.

Bereits heute ist der Altersabgang aus den Unternehmen größer als die Zahl der Schulabgänger. Viele sächsischen Unternehmer suchen in den nächsten Jahren einen Nachfolger. Überall fehlen Fachkräfte, gleichzeitig gibt es viele Langzeitarbeitslose, die oft außerhalb der Gesellschaft stehen. Bürokratische Regelungen behindern die sächsischen Unternehmen in ihrer Entwicklung und verhindern das Entstehen von weiteren Arbeitsplätzen.

Bessere Rahmenbedingungen für Wachstum und Arbeit

Sachsen verfügt über gute Voraussetzungen, wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Unser Land hat sich in den zurückliegenden Jahren dafür eine Reihe von Standortvorteilen erarbeitet. Die Sachsen sind leistungsbereit, flexibel und innovativ. Gut ausgebildete Fachkräfte stehen zu vergleichbar günstigen Arbeitskosten zur Verfügung. Die globale Vermarktung des Wirtschaftsstandortes Sachsen findet derzeit aber nur in geringem Maße statt.

Sachsen muss deutlich mehr tun, um seine Erfolge, seine Potenziale und seine Standortvorteile deutschlandweit und in international relevanten Zielmärkten darzustellen und den Freistaat bekannter zu machen. Sachsen muss deutlich lauter besonders über die

Unterschiede zu osteuropäischen Ländern, aber auch zu anderen Bundesländern sprechen und sich als innovativer, unbürokratischer und unternehmerfreundlicher Standort empfehlen. Wir fordern daher ein sächsisches Standortmarketing aus einem Guss. Wir brauchen ein strategisches Sachsenmarketing und keine weitere Verzettelung, keine politischen Gefälligkeiten und keine Förderung mit der Gießkanne. Wir brauchen bei der Vermarktung Sachsens eine erkennbare Linie, das klare Bekenntnis zu den besten sächsischen Trümpfen und die selbstbewusste Betonung aller vorhandenen Standortvorteile. Dabei sollen alle relevanten Partner, von der Politik, der Verwaltung und der Wirtschaft über die Hochschulen bis zur Tourismuswerbung, einbezogen werden.

Die Strukturen und Aufgaben der Wirtschaftsförderung Sachsen sind neu auszurichten und zwar ausschließlich nach fachlichen Kriterien. Einen Anspruch, den wir im Übrigen gegenüber allen Strukturen im Zusammenhang mit der Standort- und der Tourismuswerbung in Sachsen erheben. Im Interesse einer offensiven Investorenwerbung muss sie marktwirtschaftlicher, wettbewerbsorientierter und somit unabhängiger vom Wirtschaftsministerium und tagespolitischen Einflüssen arbeiten können. Ihr Erfolg soll nach messbaren Leistungskriterien jährlich überprüft werden. Die Wirtschaftsförderung Sachsen muss zudem Kooperationsmodelle entwickeln und stärker eine koordinierende Rolle wahrnehmen, um die vielen regionalen und lokalen, öffentlichen und privaten Aktivitäten zu unterstützen und mit ihnen gemeinsam für Ansiedlungserfolge arbeiten.

Die Vermarktung des Standortes Sachsen darf nicht an der Bundesgrenze Halt machen. Wir setzen uns für eine Stärkung der Wirtschaftsregion Sachsen-Böhmen-Schlesien ein. Neben dem Ausbau der Infrastruktur gehört dazu die gemeinsame Präsentation der Vorteile der Region.

Unternehmen auf Wachstumskurs bringen

In Sachsen gibt es nicht zu wenige Unternehmen. Doch sie sind im Durchschnitt zu klein. Wir wollen sächsische Unternehmen beim Wachstum und der Bildung einer branchenüblichen Eigenkapitalausstattung unterstützen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen darf dabei nicht alleinige Bedingung für Förderung sein, wenn Unternehmen im internationalen Wettbewerb stehen. Die Gründungsförderung in gesättigten Märkten schwächt bestehende Unternehmen. Auch Rationalisierungsinvestitionen können Arbeitsplätze sichern. Deshalb wollen wir die überdimensionierte und unspezifische Existenzgründungsförderung der vergangenen Jahre beenden. Eine effektive Gründungsförderung konzentriert sich stärker auf innovative und zukunftsfähige Geschäftsfelder, besonders auf den Hochtechnologiebereich und Technologietransfer aus Universitäten und Forschungseinrichtungen.

Innovationen für sächsische Unternehmen

Sachsen verfügt über eine Vielzahl universitärer und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen. Kein anderes Bundesland gibt prozentual soviel Geld für Forschung aus wie Sachsen. Die Umsetzung von Forschungsergebnissen in sächsischen Unternehmen ist bisher noch unbefriedigend.

Wir setzen uns für die Förderung von Innovationsvorhaben, z.B. von Technologie- oder Werkstoffstudien, von Prozesssimulationen oder labortechnisch aufwändigen Materialprüfungen, durch kleine und mittelständische Unternehmen ein. Es soll ein einfacher Weg gefunden werden, dafür Hochschulen und Forschungsinstitute zu beauftragen.

Wir fordern Beteiligungsprogramme für wissenschaftliche Mitarbeiter, die mit ihrer Idee ein Unternehmen gründen wollen. Dabei sollen Anreize gesetzt werden, um insbesondere Absolventen in Sachsen zu halten.

Förderprogramme konzentrieren

Der Aufbau eines leistungsfähigen Kapitalstocks ist in der sächsischen Industrie noch nicht abgeschlossen. Die Unterstützung durch Investitionszulage und Investitionszuschuss zeigt

eine deutlich positive Wirkung auf den Arbeitsmarkt und bei der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Da die Europäische Kommission für Sachsen einen besonderen Förderbedarf bis 2013 sieht, werden diese Programme mindestens bis dahin weitergeführt. Mittelfristig soll die Investitionsförderung von Zuschüssen auf nachrangige Darlehen umgestellt werden. Die Rückzahlungen können ab 2013 in einen revolvingierenden Fonds fließen und stehen somit für neue Darlehensvergaben zur Verfügung. Netzwerke und Verbundinitiativen sollen nur Unterstützung erhalten, wenn sie auch von der Wirtschaft inhaltlich und finanziell getragen werden. Wir wollen staatliche Fördermittel dafür aber nur dann bereitstellen, wenn der größere Anteil der Finanzierung von Unternehmen kommt.

Fachkräftenachwuchs sichern

Die Zahl der Schulabgänger ist jetzt schon kleiner als die Zahl der Altersabgänge aus der Wirtschaft. Fehlende Fachkräfte hemmen das Wachstum von Unternehmen und können sogar ihren Bestand gefährden.

Deshalb ist es notwendig, junge Menschen frühzeitiger und stärker als bisher über die beruflichen Chancen in Sachsen zu informieren. Zu einer guten Vorbereitung auf das Berufsleben gehört dabei nicht nur die Aufklärung über in der Wirtschaft gefragte Berufe und Studienabschlüsse. Der Unterricht in den Schulen soll wirtschaftliche Zusammenhänge aufgreifen und ökonomisches Denken fördern. Jeder Schüler, der eine sächsische Schule verlässt, soll über einen Abschluss verfügen, mit dem er auf die Anforderungen einer Ausbildung sowohl fachlich als auch persönlich ausreichend vorbereitet ist. Neben der bedarfsorientierten Ausbildung von jungen Menschen kann die gezielte Weiterbildung älterer Menschen einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung von Fachkräften leisten.

Da der Bedarf an Fachkräftenachwuchs in den kommenden Jahren vor allem im gewerblich-technischen sowie naturwissenschaftlichen Bereich liegen wird, ist eine frühzeitige Begeisterung für Technik notwendig. Bereits im Kindergarten sollte spielerisch die Lust auf Technik und ihre Anwendung geweckt werden. In der schulischen Ausbildung sind technische Fächer und Experimente genauso wichtig wie praktische Erfahrung im Unternehmen.

Um das Fachkräftepotenzial zu sichern, wollen wir stärker auf die gezielte berufsbegleitende Weiterbildung von Arbeitnehmern setzen. Nicht durch neue Gesetze, sondern durch Anreize und Information. Berufliche Weiterbildungen sind im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) stärker zu unterstützen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sollten die Bedeutung der Weiterbildung nicht unterschätzen. In Zukunft wird es für viele Betriebe deutlich schwieriger, gute Auszubildende zu gewinnen. Deshalb muss das Potenzial vorhandener und auch älterer Mitarbeiter besser genutzt werden.

Die Rahmenbedingungen für die Studienaufnahme und Erwerbstätigkeit ausländischer Bürger in Sachsen müssen verbessert werden. Wir wollen gute Hochschulabsolventen bei uns im Freistaat halten. Daher sollen sie nach erfolgreichem Abschluss grundsätzlich eine weitere Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung erhalten. Die sächsischen Hochschulen müssen mehr Möglichkeiten erhalten, sich in Zusammenarbeit mit der sächsischen Wirtschaft im Ausland zu vermarkten.

Unternehmensnachfolge sichern

Bis zum Jahr 2020 müssen in Sachsen 25.000 Unternehmer einen Nachfolger finden. Über 300.000 Arbeitsplätze sind in Gefahr, wenn dies nicht gelingt. Wir fordern daher eine umfassende Information beim Prozess der Unternehmensnachfolge. Förderprogramme dürfen die Unternehmensübernahme gegenüber der Existenzgründung nicht benachteiligen.

Die Erbschaftsteuer birgt ein erhebliches Risiko für die Übernahme von Unternehmen durch die Erben, da zum Zeitpunkt des Erbfalls nicht absehbar ist, ob und in welcher Höhe Erbschaftssteuer anfällt. Deshalb sprechen wir uns für eine Abschaffung dieser Steuer aus.

Arbeitsmarktpolitik für Sachsens Zukunft

Ziel freiheitlicher Arbeitsmarktpolitik ist die flächendeckende Vollbeschäftigung in Sachsen. Arbeitsplätze werden dauerhaft nur von Unternehmen geschaffen, nicht vom Staat. Es gilt die Barrieren zu beseitigen, die Unternehmen davon abhalten, Arbeitsplätze neu zu schaffen – damit Arbeitslosigkeit aus Sachsen verschwindet.

Arbeitsmarkt deregulieren

Der Arbeitsmarkt in Deutschland ist völlig überreguliert. Viele vermeintlich im Arbeitnehmerinteresse stehende Regelungen verhindern in Wahrheit neue Arbeitsplätze. Vor allem die Gewerkschaften im DGB verstehen sich dabei oft nur als Interessenvertreter der Arbeitsplatzbesitzer. Die Interessen der Arbeitslosen kommen zu kurz. Neueinstellungen unterbleiben, weil Unternehmen die Risiken scheuen, die beim Abbau von Arbeitsplätzen in wirtschaftlich schwierigen Zeiten entstehen.

Wir wollen daher eine Wahlmöglichkeit zwischen Kündigungsschutz und Abfindungen für alle Altersgruppen. Betriebsbedingte Kündigungen sollen auch zum Erhalt oder der Schaffung einer ausgewogenen Altersstruktur möglich sein. Die Genehmigungsverfahren für die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer sind zu vereinfachen. Wir wollen Anträge mit einer Genehmigungsfiktion versehen. Behörden müssen danach Anträge innerhalb einer bestimmten Frist bearbeiten. Wenn sie innerhalb dieser Zeitspanne nicht reagieren, gilt der Antrag als genehmigt.

Die Mindestverdienstgrenze für die Beschäftigung EU-fremder Fachkräfte ist in einem ersten Schritt auf 40.000 Euro Jahresgehalt abzusenken. Damit können gerade in Zukunftsbranchen Hochqualifizierte angeworben werden. Die bestehenden Beschränkungen sollen insgesamt entfallen.

Die Zeitarbeitsbranche hat erheblich zum Zuwachs sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung beigetragen, eine weitere Regulierung ist nicht erforderlich. Stattdessen fordern wir eine stärkere Kontrolle der Einhaltung existierender Vorschriften.

Verantwortung für Betriebe in den Betrieben stärken

Betriebsräte sind mit der Situation in den Unternehmen besser vertraut als Gewerkschaftsfunktionäre. Unternehmen und Belegschaft können vor Ort flexible Regelungen finden, die den Interessen der Beteiligten am ehesten gerecht werden. In Sachsen entwickeln sich die Branchen mit der geringsten Tarifbindung am dynamischsten. Die geringe Verbreitung von starren Flächentarifverträgen ist ein Standortvorteil für Sachsen. Für uns haben deshalb betriebliche Regelungen eindeutig Vorrang gegenüber Flächentarifverträgen. Dies gilt auch für Entgeltfragen, wenn mehr als 80 % der Mitarbeiter im Unternehmen zustimmen. Einkommenszurückhaltung in wirtschaftlich schwierigen Zeiten soll durch zusätzliche Zahlungen in wirtschaftlich besseren Zeiten kompensiert werden.

Gerade in Sachsen fühlen sich viele Mitarbeiter ihren Unternehmen eng verbunden. Nicht wenige Mitarbeiter haben durch hohe Flexibilität und die Bereitschaft zum Verzicht das Überleben des Betriebes in schwierigen Zeiten ermöglicht. Deshalb begrüßen wir es, wenn Mitarbeiter am Unternehmenserfolg direkt beteiligt werden. Der Freistaat soll Unternehmen und Mitarbeiter besser als bisher über die verschiedenen Beteiligungsmöglichkeiten vom Investivlohn bis zur Gewinnprämie informieren. Die konkrete Ausgestaltung des Beteiligungsmodells muss Belegschaft und Geschäftsführung überlassen bleiben.

Arbeitsförderung kommunalisieren

Die Bundesanstalt für Arbeit war ursprünglich für die Verwaltung und Auszahlung der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung zuständig. Die heutige Bundesagentur betreibt eine bürokratische Arbeitsförderung, die zu oft an den regionalen Bedürfnissen vorbei geht.

Die FDP setzt sich für eine völlige Neuordnung der Bundesagentur – gerade im Interesse der Arbeitslosen in Sachsen ein. Die Einbindung der Kommunen durch die Argen im Rahmen der Reform Grundsicherung bei der Sozial- und Arbeitslosenhilfe hat sich bewährt und sollte fortgesetzt werden. Wir fordern die Zuständigkeit für die Leistungen im Rahmen des Arbeitslosengeldes II auf die Kommunen zu übertragen. Dafür müssen sie die notwendigen Finanzmittel erhalten. Der Freistaat muss sich auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass durch eine Verfassungsänderung die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden.

Wir unterstützen die Zusammenlegung der Vermittlung unter Führung der kreisfreien Städte und der Landkreise. Die Bundesagentur soll zukünftig allein Versicherungsleistungen auszahlen. Fördermaßnahmen für die verschiedenen speziellen Bedarfsgruppen (Langzeitarbeitslose, Jugendliche ohne Qualifikationen, Alleinerziehende, Ältere Arbeitslose) sollen zukünftig vor Ort entwickelt und durchgeführt werden.

Der erste Arbeitsmarkt zählt doppelt

Für uns hat die Integration der Arbeitsuchenden in den ersten Arbeitsmarkt Vorrang. Förderinstrumente und Fördermaßnahmen sind daher ausschließlich an den Bedürfnissen der Arbeitsuchenden und nicht an denen einiger Maßnahmenträger auszurichten. Langzeitarbeitslose bedürfen einer echten Betreuung zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt.

Ein dauerhafter zweiter Arbeitsmarkt schafft Arbeitnehmer zweiter Klasse, die oft tatsächlich nicht in das Arbeitsleben integriert sind.

Für uns zählt daher der erste Arbeitsmarkt besonders. Wir müssen alles tun, um die Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt zu fördern. Im Interesse der Integration der Arbeitssuchenden in den ersten Arbeitsmarkt lehnen wir die Einführung eines staatlich verordneten Mindestlohns ab. Mindestlöhne erhöhen die Barrieren im ersten Arbeitsmarkt, wenn sie erheblich höher als der Marktlohn liegen. Ein solcher Mindestlohn kann durch Unternehmen häufig nicht erwirtschaftet werden und vernichtet daher Arbeitsplätze.

Kann ein Arbeitnehmer im ersten Arbeitsmarkt das Existenzminimum durch Erwerbsarbeit nicht verdienen, muss neben das Erwerbseinkommen ein staatlicher Zuschuss treten.

Wir treten für eine grundlegende Neuordnung der Sozialsysteme, der staatlichen Transferleistungen und des Steuersystems ein. Wir wollen die Vielzahl staatlicher Transfereinkommen zu einem Bürgergeld zusammenfassen, das in Form einer negativen Einkommenssteuer durch die Finanzämter ausgezahlt wird. Dabei gilt für uns ein Grundsatz: Wer arbeitet, muss stets über ein höheres Einkommen verfügen als jemand, der keiner Arbeit nachgeht. Erwerbstätigkeit muss sich lohnen.

Mehr Freiheit für Sachsens Wirtschaft

Alle Erfahrungen zeigen, dass Innovationen, Beschäftigung, Einkommen und Wohlstand dort am besten entstehen können, wo der Staat den Unternehmen die Freiheit lässt. Sie müssen ihre Ideen unkompliziert umsetzen können und dürfen nicht durch unnötige Vorschriften behindert werden. Sachsens Wirtschaft könnte wesentlich stärker sein, wenn man sie von wettbewerbsfeindlichen Regelungen, Bevormundungen und unnötigen Vorschriften befreit. Wir wollen mehr Freiheit für Sachsens Wirtschaft – zum Wohle aller.

Bürokratie konsequent abbauen und Aufwand erstatten

Unternehmen leiden in Sachsen nicht nur unter einer steigenden Anzahl von Gesetzen und Vorschriften. Die Beachtung dieser Regelungen bindet die Arbeitskraft im Unternehmen und verursacht einen erheblichen Aufwand. Anträge sind selbst für einfache Tätigkeiten oft bei mehreren Stellen einzureichen und es vergeht eine erhebliche Zeit, bis die Genehmigung

eintrifft. Wir fordern in Sachsen die Einführung eines Bürokratienkosten-TÜV's, durch den bereits im Gesetzgebungs- und Ordnungsverfahren der für die Unternehmen zu erwartende Aufwand ermittelt und bei der Ausgestaltung der Regelung minimiert wird. Bei Genehmigungen und Anträgen fordern wir eine Genehmigungsfiktion oder klar geregelte Regressansprüche im Falle einer Fristüberschreitung durch die Verwaltung. Bei einer Genehmigungsfiktion müssen Behörden innerhalb einer bestimmten Frist reagieren, andernfalls gilt der Antrag als genehmigt.

Unternehmen sind verpflichtet, unentgeltliche Leistungen für den Staat zu erbringen. Vielfach sind Arbeitgeber gezwungen, Daten mehrfach an verschiedene staatliche Institutionen zu übermitteln. Das erfordert Zeit und kostet Geld. Wir fordern sämtliche Doppelerhebungen zu streichen und stattdessen gesetzlich präzise geregelte Auskunftspflichten der Behörden untereinander.

Unternehmen ist der Erhebungsaufwand angemessen zu vergüten. Die Erhebung anonymisierter Daten kann in Einzelfällen auch durch private Marktforschungsinstitute durchgeführt werden.

Bedarfsgerechte Ladenöffnung

Die Ladenöffnungszeiten müssen sich an den Bedürfnissen der Verbraucher und der Unternehmen orientieren. Kein Unternehmer wird sein Geschäft öffnen, wenn es sich für ihn nicht lohnt. Daher fordern wir die Freigabe der Ladenöffnungszeiten von Montag bis Samstag. Dadurch entfallen auch die Kontrollen der Einhaltung der Schließzeiten und dem damit verbundenen bürokratischen Aufwand. Die Bedürfnisse von Ladenöffnungen am Sonntag, aber auch die mit der Sonntagsruhe verbundenen Traditionen, sind regional sehr unterschiedlich ausgeprägt. Über die Öffnung an Sonntagen sollen daher die Kommunen eigenverantwortlich entscheiden. Sächsische Weihnachtsmärkte profitieren ebenfalls von solchen Regelungen für Adventssonntage.

Das Öffnungsverbot für Videotheken und automatische Autowaschanlagen an Sonn- und Feiertagen in Sachsen gehört abgeschafft.

Kammerstrukturen straffen

Die FDP Sachsen lehnt Zwangsmitgliedschaften ab, aber die von uns angestrebte Einführung einer freiwilligen Mitgliedschaft in berufsständischen Kammern und der Industrie- und Handelskammer ist Aufgabe der Bundesgesetzgebung. Auf Landesebene setzen wir auf die Fusion getrennt organisierter Regionalkammern zu jeweils einer sächsischen Kammer. Dadurch erhält Sachsen effizientere Strukturen zu geringeren Kosten. Die Betätigung der Kammern ist auf die gesetzlichen Aufgaben gemäß Kammergesetz, wie Maßnahmen zur Förderung der Berufsbildung und die Ausstellung von Ursprungszeugnissen zu beschränken. Die Doppelmitgliedschaft von Handwerksbetrieben in IHK und Handwerkskammer ist abzuschaffen. Bis dahin werden die Handelskammern verpflichtet, den Mitgliedsbeitrag von Handwerksbetrieben auf Null zu setzen, wenn diese ihre Rechte aus der Mitgliedschaft ruhen lassen.

Wettbewerb in der gesetzlichen Unfallversicherung

Der Unfallversicherungsmarkt muss auf dem Sektor der Arbeitsunfälle für private Anbieter geöffnet werden, um Vorteile für die Beitragszahler generieren zu können. Da die Beiträge zur gesetzlichen Unfallversicherung Teil der Lohnzusatzkosten und damit auch Hindernis eines Beschäftigungszuwachses sind, schadet jeder Tag des Verzichts auf die notwendigen Reformen den Beschäftigten und Beschäftigungssuchenden gleichermaßen.

Der Leistungskatalog muss gerechter ausgestaltet werden und zwischen Gesundheits- und Erwerbsminderungsschaden unterscheiden, damit Schwerverletzten auch die erforderliche und dem Verdienstaufschlag entsprechende Unterstützung zu Teil werden kann. Auch müssen die Wegeunfälle aus der eindimensionalen Finanzierung durch die Arbeitgeber in die paritätische Finanzierung überführt werden, denn die Begründung der Haftungsablösung der Unternehmen, wie sie für die Unfallversicherung gilt, kann für sie nicht angeführt werden, da

das Unternehmen keinen Einfluss auf den Weg von der Arbeit hat, sondern dieser zu den allgemeinen Risiken gehört.

Der Freistaat muss sich auf Bundesebene für eine Reform einsetzen, die diesen Prämissen gerecht wird.

Sportwettenmonopol abschaffen

Die Schaffung eines staatlichen Sportwettenmonopols vernichtet Arbeitsplätze bei privaten Sportwettenanbietern in Sachsen. Im Rahmen eines Konzessionsmodells kann der Freistaat den Sportwettenbetrieb überwachen und durch Konzessionsabgaben Einnahmen erzielen. Der Standort Sachsen könnte für die Branche heute europaweit führend in Technologie und den Angeboten bei Sportwetten sein.

Für ein zeitgemäßes Unternehmerbild

Menschen, die bereit sind, unter Inkaufnahme eines hohen persönlichen Risikos Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, sind eine herausragende Säule unserer Gesellschaft. Ohne Menschen, die mit Erfindergeist, einem hohen Wissen und Ideenreichtum etwas in unserem Land auf die Beine stellen wollen, würde unsere Wirtschaft nicht funktionieren. Ohne Menschen, die etwas anpacken und „unternehmen“ wollen, mutig den Schritt in die Selbständigkeit wagen und bereit sind, mehr als der Durchschnitt an Zeit, Geld und Entbehrungen in eine Geschäftsidee, die eigene Unabhängigkeit oder auch in persönliches Glück zu investieren, würde es die allermeisten Arbeits- und Ausbildungsplätze nicht geben. Dem Staat würden dadurch Einnahmen aus Steuern und Abgaben fehlen, viele karitative Projekte wären nicht realisierbar. Deswegen gehört den sächsischen Unternehmern – egal ob Freiberufler, einfacher Selbständiger, Kleinstunternehmer, Handwerker oder Inhaber eines größeren mittelständischen Betriebes - unser Respekt.

Ganz besonders schlägt unser Herz für die inhabergeführten sächsischen Unternehmen. Denn anders als große Kapitalgesellschaften stehen diese Unternehmer noch mit ihrem Familiennamen für das ein, was sie tun. Sie haften mit ihrem persönlichen Vermögen und ihrem Ansehen, sind regional tief verwurzelt, pflegen ein faires Miteinander zwischen Arbeitnehmerschaft und Geschäftsführung und zahlen ihre Steuern hier in Sachsen. Sie sind das Rückgrat der sächsischen Volkswirtschaft und Partner der weiteren Entwicklung. Und sie haben es verdient, dass Staat, Verwaltung und Politik ihnen ohne Missgunst und ohne Neid gegenüberstehen.

Ein verantwortungsbewusster Unternehmer schätzt die Leistung seiner Mitarbeiter und würdigt sie entsprechend, wenn es die Leistungskraft des Betriebes zulässt. Wer in schlechten Zeiten verzichtet, muss in guten Zeiten den Lohn dafür ernten können. Dieses Prinzip gilt in zunehmend mehr Unternehmen unseres Landes. Dass die sächsische Wirtschaft so wenig durch Klassenkampf-Rhetorik geprägt wird, dass es wenige Streiks gibt und sich Arbeitnehmer auch schon mal gegen die Streikabsichten einer Gewerkschaft auflehnen, dass Gewerkschaften so wenige Mitglieder und einen nur geringen Organisationsgrad haben, ist typisch für Sachsen. Das Verständnis der Arbeiter und Angestellten für die Probleme des „Chefs“ ist aufgrund der gemeinsam seit der Wende gemachten dramatischen Erfahrungen oft größer als in den alten Bundesländern. Der sächsische Unternehmer wiederum zeichnet sich oft durch ein ausgeprägtes soziales Gewissen aus und weiß um die Sorgen und Nöte seiner Mitarbeiter. Der Zusammenhalt in den sächsischen Betrieben und die gewachsene natürliche Solidarität zwischen Unternehmer und Arbeitnehmerschaft sind wichtige Vorteile der sächsischen Wirtschaft im Standortwettbewerb.

Der Staat im Wettbewerb

In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ertönt schnell der Ruf nach dem Staat, die Marktwirtschaft wird insgesamt in Frage gestellt. Doch es war nicht das Wirtschaftssystem, das versagt hat. Es waren Bankmanager, die mit fremdem Geld und ohne persönliche Haftung unverantwortliche Risiken eingegangen sind. Es waren Rating-Agenturen, die riskanten Finanzprodukten eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausgestellt haben. Und es war die staatliche Aufsicht, die bei der Kontrolle der Finanzbranche und in den Gremien der Staatsbanken versagt hat.

Wir brauchen einen starken Staat, der den Rahmen für die wirtschaftliche Betätigung privater Unternehmen setzt. Eine Beteiligung des Staates an privaten Unternehmen oder gar deren komplette Verstaatlichung lehnen wir entschieden ab. Gerade das Beispiel der sächsischen Landesbank hat gezeigt, dass der Staat nicht der bessere Unternehmer ist.

Wer nicht persönlich haftet, geht leicht unverantwortliche Risiken ein. Deshalb ist für uns klar: Nur wenn private Investoren mit ihrem eigenen Geld und auf ihr eigenes Risiko investieren, darf sie der Staat mit Fördermitteln oder Bürgschaften unterstützen.

So wie Unternehmen sich zunehmend in ihren Aktivitäten auf ihr Kerngeschäft, den Unternehmensbereich mit der größten Unternehmenskompetenz, beschränken, sollte sich auch die öffentliche Hand verhalten. Wir sind daher grundsätzlich für die öffentliche Vergabe von Leistungen an Private anstelle staatlicher Leistungserbringung. Immer dann, wenn eine regelmäßige Evaluation ergibt, dass der Staat die Leistung selbst nicht günstiger anbieten kann, muss ausgeschrieben und an private Unternehmen vergeben werden.

Wir wollen eine Reform des Vergabewesens. Staatliche Ausschreibungen müssen so gestaltet werden, dass sich auch vermehrt kleinere sächsische Unternehmen daran beteiligen können. Wir treten dafür ein, dass Großaufträge in möglichst kleinen Losen ausgeschrieben werden.

Insbesondere bei der Vergabe von Ingenieurleistungen fordern wir die Einführung des „Zwei-Umschlag-Verfahren“ einzuhalten, in dem Angebote in einen technischen und in einen kaufmännischen Teil getrennt werden.

Die öffentliche Hand muss bei der Bezahlung ihrer Rechnungen Vorbild sein. Dabei geht es nicht nur um die formale Einhaltung von Zahlungsfristen. Die Prüfung von Nachträgen und geringfügige Mängel dürfen nicht zu einer Verzögerung bei der Bezahlung der Hauptforderung führen.

Auftragsfremde über gesetzliche Verpflichtungen hinausgehende Kriterien wie Mindestarbeitsbedingungen und Tariftreueregelungen als Voraussetzungen für die Auftragsvergabe erhöhen den bürokratischen Aufwand und verzerren den Wettbewerb zu Lasten der sächsischen Unternehmen. Sie gehören daher abgelehnt.

Wir wollen Korruption konsequent bekämpfen. Der Freistaat soll sich deshalb auf Bundesebene für ein deutschlandweites Anti-Korruptionsregister einsetzen.

Nachhaltige Energiepolitik für Sachsen

Eine ausreichende, sichere, kostengünstige und wettbewerbsfähige Energieversorgung ist für die Weiterentwicklung unseres Staates von existentieller Bedeutung. Angesichts stetig steigender Energiepreise wird die zusätzliche Belastung der Energiekosten durch staatliche Zusatzkosten und Steuern für die Wirtschaft zu einem enormen Kostennachteil, der Sachsen

als Wirtschaftsstandort gefährdet und Arbeitsplätze bedroht. Auch Privathaushalte leiden immer stärker unter steigenden Energiekosten. Energieeffizienz, Energiesparen und Umweltschutz sowie die nachhaltige Erschließung erneuerbarer Energiequellen und die Entwicklung leistungsstarker Speichertechnologien müssen der Weg Sachsens für die Zukunft sein.

Bei der Erzeugung von Strom wird noch immer noch ein erheblicher Anteil der erzeugten Wärme in die Luft abgegeben. Die verbleibende Abwärme soll wo möglich und sinnvoll genutzt werden. Wir wollen neue Technologien fördern, die diesen Wirkungsgrad erhöhen. Eine dezentrale Energieerzeugung kann durch die Verringerung der Leitungswege einen Beitrag dazu leisten.

Wir brauchen für die Zukunft eine nachhaltige und auch für die Industrie verlässliche Konzeption zur Energieerzeugung- und Verteilung. Als Bezugsgröße für den zu ermittelnden und fortzuschreibenden Bedarf an Energie sind die im Landesamt für Statistik vorhandenen Energieverbrauchswerte Sachsens nach Menge und Standort bezogen (Ballungsräume) auszuwerten und mit realistischen Werten (Wirtschaftsentwicklungskonzeption des Landes Sachsen) fortzuschreiben.

Sachsen hat die große Chance, neben den hier zahlreich vorhandenen Firmen für zukunftsweisende Technologien sowie durch bedeutende Institutionen im Bereich Wissenschaft und Forschung, auch die vorhandenen Braunkohlevorkommen zukunftssträftig zu nutzen. Durch innovative Technologien sollte „Braunkohle und Kohlestaub“ aus der Lausitz in Verbindung mit der Kraft-Wärmekopplung, sowie mit entsprechenden Trocknungsverfahren auch wesentlich Umweltschonender und effizienter als bislang möglich, zur Energieerzeugung und ggf. Treibstoffgewinnung eingesetzt werden und so Sachsen in diesem Bereich einen Eckpfeiler in der Energieversorgung sichern.

Neue Energietechnologien für noch mehr Effizienz und verbesserte Nutzung der Potentiale der erneuerbaren Energien und die Nutzung weltweiter Wirtschafts-Partnerschaften für den verstärkten Export von Energietechnologien sind zu unterstützen. Dauersubventionen schaffen aber falsche Marktanreize. Deshalb sollten die von allen Verbrauchern bezahlten Subventionen für erneuerbare Energien wie vorgesehen auslaufen. Damit wird die künstliche Verteuerung von Energie reduziert.

Die Suche nach alternativen Energieformen hat einige positive Entwicklungen aufgezeigt, etliche Wege, vor allem unter dem Vorzeichen „Bio“ führen aber am Ziel des Umwelt- und Klimaschutzes, sowie der tatsächlichen Effizienz solcher Verfahren vorbei. Wir wollen deshalb jeweils eine „gesamtheitliche Betrachtung“ und Untersuchung neuer Energieformen. Wir lehnen den ideologisch motivierten Ausstieg aus der Kernenergie ab und wollen stattdessen die Entwicklung von Kernkraftwerken und Endlagertechniken der neuesten Generation mit höchsten Sicherheitsstandards vorantreiben.

Nur der Wettbewerb schafft unter Marktbedingungen günstige Preise. Wir treten deshalb für eine Energieversorgung im Wettbewerb verschiedener Anbieter ein. Gleichzeitig brauchen wir mehr Transparenz bei der Gestaltung der Energiepreise durch die Versorger. Wir wollen den Anteil staatlicher Steuern und Abgaben am Energiepreis und die Staatsquote senken. Auch so genannte Lenkungsinstrumente wie Ökosteuern entfalten keinen ökologischen Nutzen, sondern verteuern lediglich die Energie. Das gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit sächsischer Unternehmen und Arbeitsplätze und es setzt einkommenschwache Haushalte zusätzlich unter Druck.

Möglichkeiten zur Energieeinsparung verbessern

Der Trend zu hohen Energiepreisen wird sich auch langfristig nicht umkehren. Deshalb ist die Energieeinsparung in allen Bereichen besonders wichtig. Eine höhere Ausschöpfung des Einsparpotenzials verringert außerdem die Abhängigkeit von Energieimporten. Wir setzen uns dafür ein, Energieeinsparmöglichkeiten besser zu erforschen und zu fördern. Energieverluste können durch Wärmedämmungs- und Wärmerückgewinnungsverfahren deutlich reduziert werden.

Tourismus in Sachsen

Sachsen ist ein Reiseland mit einem vielseitigen Angebot an touristischen Höhepunkten. Kaum ein anderes Bundesland ist so reich an reizvollen Landschaften und Städten und verfügt über diese Dichte an Sehenswürdigkeiten, historischen Bauten, Schlössern, Burgen, Kirchen und Kultureinrichtungen wie Theatern und Museen. Die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus ist für den Freistaat enorm und muss auch in Zukunft genutzt und weiter ausgebaut werden.

Gerade die ländlichen Regionen können noch stärker als bisher vom Tourismus profitieren. Die Vermarktung Sachsens darf sich nicht nur auf die ganz großen Attraktionen beschränken. Besucher sollen vielmehr verstärkt für die ländlichen Regionen interessiert werden. Jede Region muss die Möglichkeiten haben, ihre regionalen Besonderheiten hervorzuheben.

Die Tourismusbranche wird vor allem von kleinen und mittelständischen Unternehmen getragen. Diese Unternehmen leiden besonders unter hohen Steuern, Gebühren und Abgaben, zu engen arbeitsrechtlichen Auflagen sowie überholten Jugendschutzbestimmungen bei der Lehrlingsausbildung und dem Aufwand, den bürokratische Regelungen, Auflagen und Verpflichtungen insgesamt mit sich bringen. Einfache, klare Regeln und Verfahren und niedrigere Steuern, Gebühren und Abgaben sind hier oftmals die wirksamste Wirtschaftsförderung.

Tourismus besser für Sachsen nutzen

Tourismus ist nicht nur als Wirtschaftsfaktor von erheblicher Bedeutung, sondern er kann auch dazu beitragen, das Bild Sachsens als einem besonders schönen, weltoffenen und vielfältigen Land nach außen zu vermitteln.

Daher wollen wir die Potentiale des Tourismus in Sachsen besser ausschöpfen. Sachsen braucht dazu endlich ein schlüssiges Museumskonzept. Ebenfalls ist es notwendig, Depots mit bisher verborgenen Kunstschätzen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, das Radwegenetz weiter auszubauen sowie Aktivitäten wie das Reiten, Jetski- und Motorschlittenfahren oder Gleitschirmfliegen nicht länger durch bürokratische Auflagen zu beschränken. Das System touristischer Erlebnisrouten wie z.B. der Silberstraße und der Via Sacra ist auszubauen und durch eine Straße der sächsischen Industriekultur zu ergänzen. Die sächsischen Seenlandschaften müssen verstärkt mit den touristischen Attraktionen vor Ort vernetzt werden, um deren Anziehungskraft und touristisches Potenzial zu steigern. Die sächsischen Flüsse und Seen sind, wenn es die örtlichen Gegebenheiten zulassen, für wassersportliche Aktivitäten besser zu erschließen. Die Zahl der Anlegestellen für Motorboote am Flusslauf der Elbe ist deutlich zu erhöhen. Herausragende Sehenswürdigkeiten müssen nachts lichttechnisch inszeniert werden. Das touristische Kennzeichnungs-, Beschilderungs- und Wegweisersystem muss landesweit vervollständigt und verbessert werden. Der grenzüberschreitende Tourismus ist durch gemeinsame Projekte, grenzübergreifende Wanderwege und mehrsprachige Ausschilderung zu verbessern.

Die sächsischen Schmalspurbahnen sind Tourismusmagnete im ländlichen Raum. Wir wollen einen zügigen Wiederaufbau der bei der Flut 2002 zerstörten Strecke der Weißeritzalbahn. Dabei soll die gesamte Strecke von Freital bis Kipsdorf wieder errichtet werden.

Zur besseren Vermarktung des in Sachsen einmaligen Kulturerbes Schmalspurbahnen muss das Potenzial aller noch aktiven Bahnen in Verbindung mit weiteren touristischen Höhepunkten besser genutzt werden. Wir unterstützen deshalb die Idee einer Tourismusroute Sächsische Schmalspurbahnen, mit der nicht nur ein regionenübergreifendes Gesamterlebnis entstehen kann, sondern auch die Tourismuswirtschaft Sachsens gestärkt wird.

Sachsens Tourismusangebot effektiv vermarkten

Regionale bzw. lokale Tourismusförderung muss Aufgabe der Landkreise und Kommunen bleiben. Sie brauchen dafür aber den nötigen finanziellen Handlungsspielraum. Handlungsspielräume für Private können erweitert werden, in dem neue Kooperationen

zwischen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft geschaffen werden. Die Strukturen der im Freistaat Sachsen agierenden öffentlich finanzierten tourismuswirtschaftlichen Organisationen, Initiativen und Gesellschaften sind auf den Prüfstand zu stellen, gegebenenfalls zu reformieren und an klaren Erfolgskriterien neu auszurichten.

Tourismusbetriebe entlasten – Kein generelles Rauchverbot in Gaststätten

Wir wollen Hotels und Gaststätten von bürokratischen Vorschriften entlasten. Dazu zählen völlig überzogene Rauchverbote und frühe Schließzeiten für Biergärten und Gastronomie im Freien. Statt eines weitgehenden gesetzlichen Rauchverbots fordern wir eine Kennzeichnungspflicht für Gaststätten, Kneipen, Bars und Diskotheken. Gesetzliche Rauchverbote in so genannten Ein-Raum-Gaststätten lehnen wir grundsätzlich ab. Wir sind der Überzeugung, dass Kunden und Wirte über das Rauchen in gastronomischen Einrichtungen entscheiden sollen und nicht der Staat. Der Mehrwertsteuersatz für Hotellerie und Gastronomie sollte mittels einer Bundesratsinitiative auf 7 Prozent gesenkt werden. Außerdem werden wir uns mit allem Nachdruck gegen ein europäisches Bierwerbeverbot einsetzen.

Tourismus in ländlichen Regionen fördern

Erholungs- und Sportmöglichkeiten in sächsischen Wäldern, wie beispielsweise Skiloipen und Wanderwege, müssen von den Bürgern weiterhin kostenlos genutzt werden können. Wir treten für einen beschleunigten Ausbau der Radwege und deren regionale Vernetzung ein, um national den Anschluss zu finden. Bei den bekannten Problemen mit Eigentümern und bei der Streckenführung stehen unsere Experten der Kommunalpolitik jederzeit zur Seite. Gleiches gilt für Wander- und Reitwegenetze. Wir wollen den Anglertourismus durch eine zeitlich begrenzte Gästeangelkarte fördern.

Sehenswürdigkeiten ohne Barrieren

Leider sind viele Sehenswürdigkeiten für Rollstuhlfahrer oder junge Familien mit Kinderwagen nicht zugänglich. Hohe Bordsteinkanten, Treppen und Stufen sorgen für Behinderung. Wir setzen uns dafür ein, die Zugänge zu Sehenswürdigkeiten soweit möglich barrierefrei auszubauen und behindertengerechte Tourismusleitfäden zu schaffen, die Wege und Ausflüge zu Sachsens Sehenswürdigkeiten vereinfachen.